

„Wir waren sehr deutsch“

Das ehemalige Mitglied der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) Birgit Hogefeld über ihr Leben im Untergrund, die Mordanschläge auf Alfred Herrhausen und Detlev Karsten Rohwedder und die Perspektiven einer Selbstaflösung der RAF

SPIEGEL: Frau Hogefeld, welche persönlichen Erinnerungen haben Sie an den „Deutschen Herbst“ 1977, Sie waren damals 21 Jahre alt?

Hogefeld: Das war eine Zeit, die für mein Leben die Weichen gestellt hat. 1975 habe ich angefangen, Jura zu studieren, und ich hatte schon Kontakt zu RAF-Gefangenen. 1977 sind dann zwei Welten aufeinandergeprallt: einerseits Studium, Klausuren, Alltag, andererseits Hausdurchsuchungen, permanente Observation. Nach den Angriffen auf die Rechtsanwälte der politischen Gefangenen habe ich 1977 das Jura-studium abgebrochen.

SPIEGEL: Sie waren im Herbst 1977 schon auf dem Radarschirm des Staatsschutzes?

Hogefeld: Ja. Wir standen als Unterstützer auf der Verhaftungsliste und gingen deshalb für die Zeit der Schleyer-Entführung nach Frankreich ins Exil. Wir galten als diejenigen, die sich als nächste der RAF anschließen würden.

SPIEGEL: Haben Sie am Ende geglaubt, daß die Stammheimer Gefangenen ermordet wurden?

Hogefeld: Das war für mich damals gar keine Frage. Die waren ermordet worden. Es gab ja eine Vorgeschichte. Holger Meins hat-

te man während des Hungerstreiks 1974 bei der Zwangsernährung so wenig Kalorien gegeben, daß er zwangsläufig sterben mußte.



Birgit Hogefeld

bekam als junge Jurastudentin Kontakte zu RAF-Gefangenen, wurde später Mitglied der Gruppe, tauchte 1984 in die Illegalität ab. Am 27. Juni 1993 wurde sie auf dem Bahnhof von Bad Kleinen festgenommen. Im November 1996 verurteilte das OLG Frankfurt die heute 41jährige unter anderem wegen der Ermordung des US-Soldaten Edward Pimental 1985 und wegen des nachfolgenden Sprengstoffanschlags auf die U. S. Air Base in Frankfurt/Main zu lebenslanger Haft. Aus dem Gefängnis heraus fordert sie jetzt von ihren ehemaligen Genossen im Untergrund, die RAF aufzulösen.

te man während des Hungerstreiks 1974 bei der Zwangsernährung so wenig Kalorien gegeben, daß er zwangsläufig sterben mußte.

SPIEGEL: Sie behaupten, man habe ihn sterben lassen?

Hogefeld: So kann man das formulieren. Man kann auch sagen, er wurde ermordet.

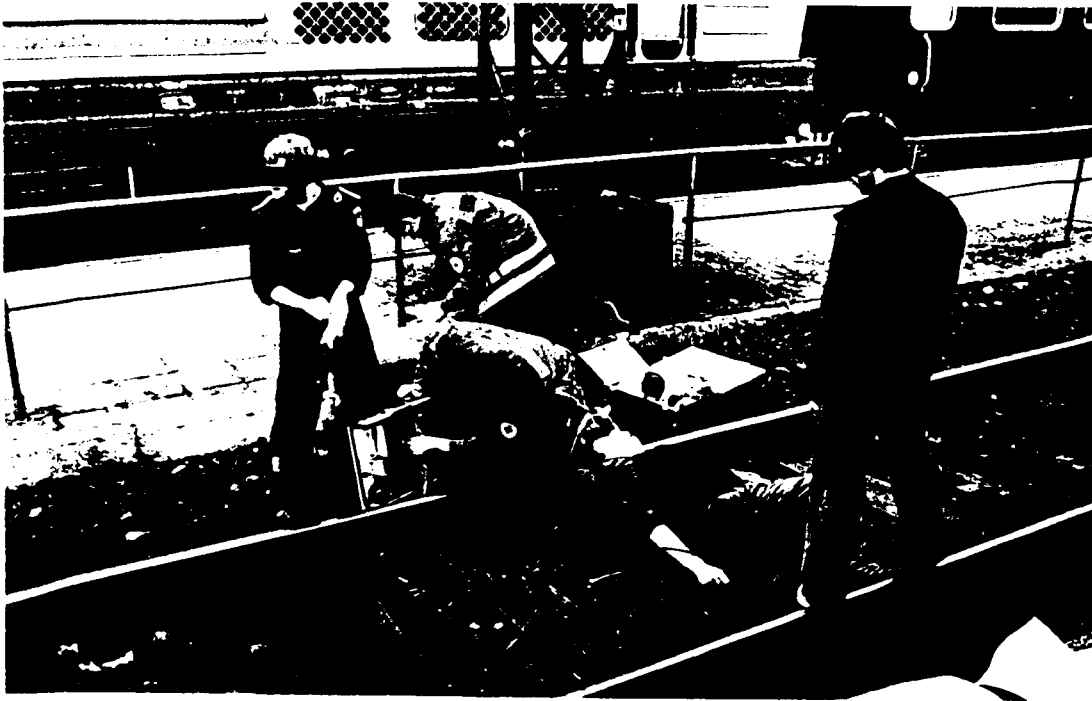
SPIEGEL: Im Frühjahr 1989 gab es den letzten großen Hungerstreik der RAF-Gefangenen. Die Inhaftierten schlugen einen mo-

derateren Ton an, sprachen von Diskussion statt Anschlägen. Trotz gewisser Haft-erleichterungen nach dem Ende der Hungeraktion ermordete die RAF am 30. November 1989 Alfred Herrhausen, den Chef der Deutschen Bank. Warum?

Hogefeld: Die Verbesserungen nach dem Hungerstreik waren minimal. Die ganze nachfolgende Geschichte wäre vermutlich anders verlaufen, wenn die Staatsseite die



Mordanschlag auf Bankier Herrhausen in Bad Homburg 1989: „Es wird niemand wieder lebendig“



Tödlich verletzter RAF-Terrorist Grams in Bad Kleinen 1993: „Sieht ganz schlecht aus“

Gefangenfrage 1989 neu bewertet und sich auf die Forderung nach Zusammenlegung in größeren Gruppen eingelassen hätte. Das war doch nicht unerfüllbar. Die Gefangenen wollten zusammen reden, die wollten eine Aufarbeitung ihrer Geschichte, mehr nicht.

SPIEGEL: Sie sagen, Herrhausen könnte noch leben, wenn sich die Justizminister des Bundes und der Länder damals auf die Zusammenlegung eingelassen hätten?

Hogefeld: Moment: Ich will als Ergebnis dieses Gesprächs keine Herrhausen-Anklage. Wenn ich hier von „wir“ spreche, dann immer, weil mein Lebensweg seit über 20 Jahren mit dieser Gruppe verknüpft ist und ich mich für die gesamte Geschichte mitverantwortlich fühle. Aber es stimmt: Ich vermute, Herrhausen würde noch leben. Die Hungerstreikerklärung der Gefangenen vom Februar 1989 hob sich deutlich ab von allen vorherigen. Adressat war nicht mehr die radikale Linke allein, sondern angesprochen wurde das gesamte liberale Spektrum. Zur Unterstützung gab es militante Aktionen nur auf einem sehr niedrigen Level. Von der RAF selbst kam gar nichts. Das heißt, die radikale Linke hat bewußt nicht eskaliert. Das ergab sich schon aus dem ganzen Tonfall der Erklärung.

SPIEGEL: Den Mord an Herrhausen, mitten hineinplaziert in eine historische Zeitenwende, konnte selbst die radikale Linke nicht nachvollziehen.

Hogefeld: Das weiß ich nicht, ob das niemand mehr verstehen konnte.

SPIEGEL: Wie ist die Gruppe mit dem Unverständnis umgegangen, das ihr auch aus

der linken Szene nach diesem Attentat entgegenschlug?

Hogefeld: Ich will nicht ausweichen. Aber um diese Frage zu beantworten, muß man sich vergegenwärtigen, was Leben in der Illegalität bedeutet. Man nimmt die Gesellschaft nur noch in wohlgefilterten Ausschnitten wahr. Authentisches kommt nur noch indirekt, zum Beispiel über Kontaktpersonen, an einen heran – und deren Vorstellungen waren natürlich alles andere als repräsentativ, weder für die Gesellschaft noch für die Linke. Das hat sicher manche Fehleinschätzung erst möglich gemacht.

SPIEGEL: Isolation schon vor der Inhaftierung?

Hogefeld: Auf jeden Fall. Im Grunde erlebe ich Gesellschaft seit fast 14 Jahren – erst in der Illegalität, dann im Knast – nur in gefilterter und sehr reduzierter Form. Du suchst dir die Sachen so zusammen, daß sie ins Weltbild passen. Und du blendest aus, hakst als „Staatsschutzlügen“ ab, was nicht paßt.

SPIEGEL: Der letzte tödliche Anschlag der RAF traf 1991 den Chef der Treuhandanstalt Detlev Karsten Rohwedder. Warum gerade er?

Hogefeld: In unseren Diskussionen spielte damals eine Rolle, sich stärker als bisher auf reale Bewegungen in der Gesellschaft zu beziehen. Die Aktionen der siebziger und achtziger Jahre hatten ja praktisch nichts mit der legalen Linken zu tun, grenzten sich zum Teil sogar bewußt von ihr ab. Das sollte sich ändern. Es ging in dieser Zeit um die Annäherung an die legale Linke, aber noch nicht um den Verzicht auf Aktionen.

SPIEGEL: Die unmittelbare Folge war der Abbruch der Proteste gegen die Treuhand



RAF-Kämpferin Hogefeld 1986

und eine öffentliche Diskussion darüber, ob die Stasi an dem Anschlag beteiligt war.

Hogefeld: Der Stasi-Verdacht war natürlich Quatsch. Daß es zu solchen Theorien überhaupt kommen konnte, war auch ein Ergebnis von Fehleinschätzungen, die sich aus der Abschottung der Illegalen von der realen Gesellschaft ergaben.

SPIEGEL: Bald danach erschien ein Buch* mit der These, die RAF sei längst nur noch ein Phantom. Finstere Mächte aus Wirtschaft und Politik würden sich lediglich noch des Emblems bedienen, um unliebsam gewordene Konkurrenten unter die Erde zu bringen. Solche Verschwörungstheorien fielen in der Linken teilweise auf fruchtbaren Boden.

Hogefeld: Im RAF-Umfeld nicht. In den linksradikalen Zusammenhängen, die ich kenne, hatte dieser Unsinn nie eine Bedeutung. Aber natürlich hing die Tatsache, daß das überhaupt jemand ernst nahm, damit zusammen, daß die RAF in den achtziger Jahren von der legalen Linken sehr isoliert war. So wurde das auch diskutiert: als Ergebnis eigener Fehler.

SPIEGEL: Im April 1992 erklärte die RAF überraschend, sie werde „Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat“ vorerst einstellen. Daran hält sich die Untergrundgruppe bis heute. Was war für diese totale Kehrtwende ausschlaggebend?

Hogefeld: Das war längst überfällig und Ergebnis intensiver Diskussionen in der Gruppe. Natürlich lag es nahe, das als Reaktion auf die Initiative zu interpretieren mit der der damalige Bundesjustizminister Klaus Kinkel einigen Gefangenen eine mehr oder weniger reguläre Haftentlassung versprochen hatte. Aber so war es nicht. Der Einschnitt war nötig und war ganz allein die Entscheidung der RAF.

SPIEGEL: Die zustimmende Antwort der Gefangenen erfolgte prompt.

Hogefeld: Ja, die Gefangenen wollten diese Zäsur zum damaligen Zeitpunkt unbedingt. Die wollten das schon einmal 1989, vor und während des Hungerstreiks. Nachdem sich dann auf Seiten des Staates wieder die harte Haltung durchgesetzt hatte, gab es in den Gefängnissen noch mal ein neues Nachdenken in dieser Frage. In der radikalen Linken wurde die April-Erklärung von 1992 ziemlich zerrissen: Unpolitisch, ohne Konzept für die Zukunft, Fragen und keine Antworten, lauteten die gängigen Vorwürfe. Und das war ja auch

* Gerhard Wisnewski, Wolfgang Landgraber, Ekkehard Sieker: „Das RAF-Phantom“. Verlag Droemer Knauer, München; 464 Seiten; 14,90 Mark.

teilweise richtig. Niemand wußte, wie es weitergehen sollte. Auf seiten des Staates gab es erst ein hörbares Aufatmen und dann wohl das Gefühl, das Problem RAF erledigt sich von selbst.

SPIEGEL: Bis die RAF ein Jahr später den Gefängnisneubau Weiterstadt in Schutt und Asche legte.

Hogefeld: Da ging es erklärtermaßen nicht um militärische Eskalation. Es wurde im Gegenteil sehr genau darauf geachtet, daß Menschen nicht gefährdet werden. Nachdem der Staat ein Jahr lang auf die Zäsurerklärung nicht reagiert hatte, wollte die RAF die fortbestehende Gefährdungsmöglichkeit demonstrieren, ohne zu eskalieren.

SPIEGEL: Im Zusammenhang mit diesem Sprengstoffanschlag ermittelt die Bundesanwaltschaft immer noch gegen Klaus Steinmetz, den V-Mann des Verfassungsschutzes. War er beteiligt?

Hogefeld: Unsinn. Es ist doch absurd zu glauben, daß man einen Menschen, mit dem es nicht einmal eine Handvoll Treffen gegeben hat, logistisch in eine solche Aktion einbindet. Ich bin mir da absolut si-

„Ich kann mir nicht vorstellen, daß die RAF einfach sang- und klanglos verschwindet“

cher, weil ich schließlich bei den Gesprächen mit Steinmetz dabei war. Es widerspräche auch der Arbeitsweise der RAF, die nie jemand an Aktionen beteiligt hat, der nicht der Gruppe angehört.

SPIEGEL: Drei Monate nach Weiterstadt wurden Sie in Bad Kleinen verhaftet. Ihr Lebenspartner Wolfgang Grams und ein Beamter der GSG 9 starben. Klaus Steinmetz hat die Fahnder auf Ihre Spur gebracht. War das politisch oder persönlich die größere Enttäuschung?

Hogefeld: Was wollen Sie jetzt hören? Eine Sex-and-Crime-Geschichte? Ich habe diesen Menschen wenige Tage in meinem Leben gesehen, es gab zu Steinmetz keine besondere Verbindung. Gerade bei dem letzten Treffen hat er mich eher genervt. Trotzdem war das natürlich politisch und persönlich eine Katastrophe.

SPIEGEL: Sie haben in Ihrer Schlußerklärung im Prozeß vor dem OLG Frankfurt noch einmal den „Mord“ an Grams angeprangert. Warum halten Sie die staatliche Selbstmordhypothese für völlig abwegig?

Hogefeld: Diese Frage stellt sich überhaupt nicht. Es gab Zeugen, die sagen, sie haben die Erschießung gesehen, aber niemanden, der einen Selbstmord gesehen hat. Der ganze Ablauf schließt die Möglichkeit eines Selbstmords aus. Wolfgang Grams war schon von mehreren Kugeln getroffen, er war sehr schwer verletzt und soll sich dann im Fallen, kurz bevor sein Kopf auf den Gleisen aufschlug, einen Kopfschuß beigebracht haben. Das ist nicht möglich.

SPIEGEL: Sie konnten den Vorgang nicht beobachten, weil Sie bereits gefesselt in der Unterführung lagen, als der erste Schuß fiel.

Hogefeld: Das stimmt, am Anfang wußte ich darüber absolut nichts. Aber daß etwas völlig schiefgelaufen war, ergab sich schon aus dem Verhalten der Polizisten. Ein einziger war völlig durchgeknallt und hat versucht, mich zu schlagen. Ich bin sicher, daß das auch derjenige war, der hinterher eine psychologische Betreuung brauchte. Alle anderen waren mir gegenüber unglaublich zurückhaltend.

SPIEGEL: Wie erfuhren Sie von Grams' Tod?

Hogefeld: Im Auto nach Wismar saß ich hinten und ein Beamter neben mir. Den habe ich gefragt: „Was ist los?“ Ich hatte die Schüsse ja nur gehört. Der hat gesagt: „Scheiße ist gelaufen!“ Daraufhin ich: „Was heißt das?“ Und er: „Der Kollege sieht ganz schlecht aus.“ Ich: „Wessen Kollege, meiner, Ihrer?“ Dann sagt der: „Der von euch.“ Da war schon klar, da ist mehr gewesen als nur eine Schießerei. Gegen Mitternacht teilte mir ein Bundesanwalt mit, daß Wolfgang Grams tot war.

SPIEGEL: Grams hat nachweislich geschossen. Könnten er und der Beamte Michael Newrzella noch leben, wenn Sie und Grams nicht bewaffnet gewesen wären?

Hogefeld: Das ist eine Frage, die man sich stellen kann.

SPIEGEL: Muß das nicht Konsequenzen haben?

Hogefeld: Die Frage können Sie mir nicht mehr stellen. Ich bin nicht bewaffnet.

SPIEGEL: Sie waren neun Jahre im Untergrund. Finden Sie es überraschend, daß die Leute denken, wer so lange dabei war, wird auch an Anschlägen teilgenommen haben?

Hogefeld: Das wundert mich überhaupt nicht. Seit meiner Verhaftung bin ich mit vielen Spekulationen konfrontiert worden.

SPIEGEL: Sie haben sich in Ihrem Prozeß vor dem OLG Frankfurt konventionell verteidigt. Die Ankläger sollten die Tatvorwürfe konkret nachweisen.

Hogefeld: Ja. Während meines Jurastudiums in den siebziger Jahren habe ich gelernt, daß das so vorgesehen ist.

SPIEGEL: Gleichzeitig haben Sie vor Gericht von einem Irrweg der RAF gesprochen, von grauenhaften Fehlern und vielem mehr. Wäre es da nicht konsequent gewesen, auch ein Geständnis abzulegen?

Hogefeld: Der Adressat meiner Erklärungen war nicht das Gericht oder die Bundesanwaltschaft, sondern die Öffentlichkeit. Auch wenn ich meinen Lebensweg nicht noch einmal so gehen würde, bin ich nicht der Meinung, daß ich vor einem deutschen Staatsschutzsenat mein Leben und meine Fehler zu rechtfertigen habe.

SPIEGEL: Sie haben auch darauf verzichtet, Entlastendes wie etwa im Zusammenhang mit der Ermordung des amerikanischen Soldaten Edward Pimental vorzubringen.

Hogefeld: Es gab doch jede Menge Beweisanträge meiner Anwälte, die die Dürftigkeit der Indizienkette gegen mich erwiesen hätten, gerade bei diesem Vorwurf. Das wurde alles abgeblockt, weil es bei diesem Senat einen unbedingten Verurteilungswillen gab – spätestens nachdem klar war, daß ich keine Aussagen machen würde.

SPIEGEL: Warum haben Sie nicht versucht nachzuweisen, für diesen oder jenen Anklagepunkt habe ich ein Alibi?

Hogefeld: Das geht aus prinzipiellen Gründen nicht. Wenn ich beweisen würde, bei einem Kommando nicht dabeigewesen zu sein, würde das fast zwangsläufig jemand anderen belasten. Die Bundesanwaltschaft nennt das die „Subtraktionsmethode“. Wenn man bestimmte Mitglieder der Gruppe für einen bestimmten Tatvorwurf ausschließen kann, müssen es die anderen gewesen sein. Ich will aber niemand anderen belasten, auch nicht indirekt.

SPIEGEL: Ihr Lebenslang-Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Was erwarten Sie von der Revision vor dem Bundesgerichtshof?

Hogefeld: Ich bin keine Hellseherin. Was sagen die gut unterrichteten Kreise?

SPIEGEL: Über die Zukunft wenig.

Hogefeld: Im Ernst: Ich glaube, es ist nicht vernünftig, darüber zu spekulieren.

SPIEGEL: Sie haben in Ihrem Schlußwort vor Gericht im Oktober 1996 die RAF aufgefordert, ihre Auflösung zu erklären. Seither ist Schweigen im Walde. Gibt es die RAF überhaupt noch?

Hogefeld: Natürlich gibt es die noch. Das sind ja konkrete Leute. Ich kann mir aus der Zeit vor 1993 nicht vorstellen, daß die RAF einfach sang- und klanglos verschwindet. Das lange Schweigen interpretiere ich als intensiven Nachdenkenprozeß über das „Wie weiter“.

SPIEGEL: Kann es sein, daß da nur noch die Lordsiegelbewahrer das Kürzel RAF verwalten, nach dem Motto: Man weiß nicht, wozu es noch mal von Nutzen sein kann?

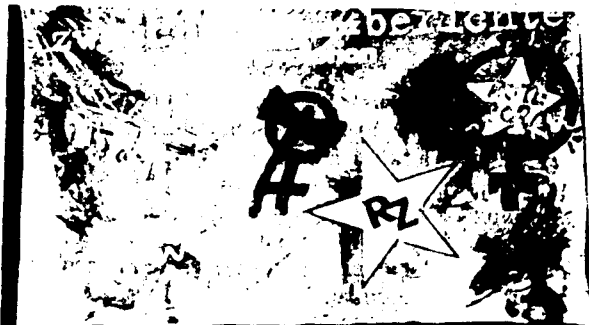
Hogefeld: Das kann ich mir überhaupt nicht vorstellen. Die haben eine politische Verantwortung, noch einmal etwas zu sagen. Ich denke, sie tun sich damit schwer, und das kann ich verstehen.

SPIEGEL: Sie hoffen weiter auf eine Auflösungserklärung?

Hogefeld: Ja, die ist überfällig. Daran hat sich nichts geändert.

SPIEGEL: Nie wieder Avantgarde?

Hogefeld: Das wäre wünschenswert. Aber ich fürchte, es wird immer Leute geben, die sich für die Avantgarde halten, und andererseits solche, die glauben, eine Avantgarde zu brauchen. Die RAF hat ja auch so funktioniert. Es gab immer – am Anfang mehr, am Ende weniger – Leute, die es gut fanden, daß es jemand „denen da oben“ mal richtig zeigt.



Ex-RAF-Terroristen bei Podiumsdiskussion in Zürich*: „Die Gefangenen wollten eine Aufarbeitung ihrer Geschichte“

SPIEGEL: Nach dem Motto: Widerstand ist a priori gut, egal, wie blutig er daherkommt?

Hogefeld: Ja. Das ist ein Widerstandsbe-
griff, der sich auf die Negation beschränkt.
Es reicht zu zeigen: Wir können angreifen.
Ein solches Verständnis von Widerstand
fragt gar nicht mehr konkret danach, wie
ein Weg für gesellschaftliche Veränderun-
gen aussehen und wohin er führen könnte.
Ein solcher, aus meiner heutigen Sicht
reduzierter Widerstandsbe-
griff braucht Gruppen wie die RAF.

SPIEGEL: In Ihren Prozeßerklärungen ha-
ben Sie der RAF sogar „Militarismus“ vor-
geworfen, ein Terminus, der eigentlich für
die Gegenseite reserviert war.

Hogefeld: Die ganze Strategie der RAF war
lange ausschließlich auf ihr Verhältnis zum
Staat fixiert. Daraus ergab sich immer sehr
schnell die militärische Eskalation. Also,
da läuft diese oder jene Schweinerei, und
die rechtfertigt diesen oder jenen militäri-
schen Schritt. Eine Vorstellung, wie ent-
stehen wirkliche Veränderungen bei den
Menschen oder in der Gesellschaft und wie
kann man die entwickeln, gab es kaum. Es
blieb bei der militärischen Antwort auf be-
stimmte Aktionen des Staates. Das meine
ich mit Militarismus.

SPIEGEL: In der Deeskalationserklärung von
1992 hat die Gruppe den Verzicht auf töd-
liche Attentate ausdrücklich als vorläufig
bezeichnet. Ist diese Aussage überholt,
oder halten Sie es für möglich, daß die
RAF noch einmal tötet?

Hogefeld: Ich halte das für überholt. Es war
damals der Versuch, hier mit fortschrittli-
chen Kräften gemeinsam was Neues auf-
zubauen. Aber aus der Situation der Ille-

galität heraus war und ist das nicht mög-
lich. Das haben wir schon vor 1993 als mas-
sives Problem empfunden. Unsere Illega-
lität war in dieser Zeit keine offensive Mög-
lichkeit, sondern eine Behinderung und Ein-
engung. Wir wollten an Diskussionen und
Auseinandersetzungen teilnehmen und
konnten es nicht, jedenfalls nicht offen.
Das hat sich mit Sicherheit in den letzten
Jahren nicht geändert.

SPIEGEL: Aber die gesellschaftliche Situati-
on hat sich verschärft. Produzieren Ar-
beitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und der
sich beschleunigende Zerfall der Gesell-
schaft in Arm und Reich nicht zwangsläuf-
ig neue Militanz.

Hogefeld: Offensichtlich nicht. Daran gibt es
aus meiner Sicht auch nichts zu bedauern.
Militanz als erster Schritt ist immer Er-
gebnis von Ohnmacht. Das Problem ist,
daß die Vereinzelung schon so weit fortge-
schritten ist, daß sich kaum mehr gesell-
schaftliche Bewegungen entwickeln, die für
die Rechte der Leute kämpfen.

SPIEGEL: In Ihrem Schlußwort vor Gericht
haben Sie die radikale Linke und den Staat
eindringlich aufgefordert, die Geschichte
der vergangenen 25 Jahre nicht unverar-
beitet zu lassen. Gab es Reaktionen?

Hogefeld: Es gab aus linksradikalen Kreisen
die Kritik, daß ich mich mit diesem Appell
vor allem an die Staatsseite gewandt habe.
Eigentlich war das nichts Neues: Für die Es-
kalation der Gewalt, wie sie stattgefunden
hat, mußte es nun mal Akteure auf beiden

Seiten geben. Spätestens 1977 war es aus
meiner heutigen Sicht möglich, diese Aus-
einandersetzung zu beenden.

SPIEGEL: Aber keine Seite tat den ersten
Schritt. Sie haben gesagt, auch wir waren
ziemlich deutsch. Was meinen Sie damit?

Hogefeld: Das Sture, das Dogmatische, die
Tatsache, daß wir bis in die neunziger Jah-
re unseren eingegengten Horizont vertei-
digt haben. Das war sehr deutsch.

SPIEGEL: Sie haben sich nicht wie andere ge-
scheut, auch über die Opfer zu sprechen.
Zwei Brüder und ein Sohn des 1986 von der
RAF ermordeten Diplomaten Gerold von
Braunmühl haben Sie hier im Gefängnis
besucht – sicher kein Routinebesuch.

Hogefeld: Nein. Das war schwierig und an-
strengend, ich nehme an, für beide Seiten.
Das schwierigste war die Grundentschei-
dung für diesen Kontakt. Für mich war
wichtig, ihnen zu signalisieren: Ich sehe,
was euch da angetan worden ist.

SPIEGEL: Der Versuch einer Entschuldigung?

Hogefeld: Natürlich könnte ich auch sagen,
es tut mir schrecklich leid. Aber ein solches
Wort wäre lächerlich angesichts dessen,
womit die Familie von Braunmühl kon-
frontiert war und womit sie leben muß.
Und nicht nur sie. Es wird niemand wieder
lebendig.

SPIEGEL: Denken Sie darüber nach, was Sie
in Freiheit machen würden?

Hogefeld: Nein, das wäre vollkommen un-
realistisch. Meine Lebenssituation gibt das
nicht her. Ich bin noch nicht auf Zimmer-
suche, falls Sie das meinen.

SPIEGEL: Frau Hogefeld, wir danken Ihnen
für dieses Gespräch.

* Pfingsten, mit Knut Folkerts, Roland Mayer, Modera-
torin Halina Bendkowski, Gabriele Rollnik, Karl Heinz
Dellwo.